

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 23.11.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annegret Ihbe - SPD

Mitglieder

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI

Herr Nils Bader - SPD

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Herr Michel Winckler - SPD

Frau Cristina Antonelli-Ngamani - B90/GRÜNE

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

Vertretung für Frau Köhler

Herr Oliver Schatta - CDU

Ab 17:05 Uhr abwesend

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

15:20 Uhr bis 15:45 Uhr abwesend

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten

Herr Carsten Lehmann - FDP

Vertretung für Frau vom Hofe

Herr Stefan Wirtz - AfD

Ab 16:40 Uhr abwesend

Herr Michael Baumgart

Frau Heike Otto

Frau Melanie Sapendowski

Frau Christine Wolnik

Frau Nicole Kumpis – Sprecherin AGW Vertreter

Ab 17:05 Uhr abwesend

Frau Heike von Knobelsdorff - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Frau Dr. Christina Rentzsch - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether - FBL 50

Frau Susanne Kundolf - RefL 0500
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte
Herr Torsten Haf - Ref 0500
Frau Annette Parchem - FB 50
Frau Dr. Kerstin Sehrt - FB 50 Ab 16:40 abwesend
Herr Michael Künzler

Protokollführung

Frau Linda Meyer - FB 50

Gäste

Herr Oliver Bossow - Geschäftsführer Jobcenter Braunschweig Ab 15:45 Uhr abwesend
Frau Rietz - Jobcenter Braunschweig Ab 15:45 Uhr abwesend
Frau Katrin Miehe-Scholz - Jobcenter Braunschweig Ab 15:45 Uhr abwesend

Abwesend

Mitglieder

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE entschuldigt
Frau Anneke vom Hofe - AfD entschuldigt
Frau Ann-Kristin Hartz entschuldigt
Frau Sonja Kleinekathöfer entschuldigt
Frau Janet Steffens-Grüning - Vertreterin Vorstand Behindertenbeirat entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.08.2023
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Herstellung Ersatzgebäude Westbahnhof 1 23-21245
 - 3.2 Halbjahresbericht 2023 des Jobcenters Braunschweig 23-22402
 - 3.3 Ablehnung von Zuwendungsanträgen für die Jahre 2023 und 2024 23-22315
 - 3.4 Modellprojekt Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt - Präventive Hausbesuche 23-22466
 - 3.5 Sachstand und Zeitplan für die Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen in der Wohnungslosenunterkunft "An der Horst" und "Sophienstraße" 23-22563

3.6	mündliche Mitteilungen	
3.6.1	Vorstellung der neuen Geschäftsführung des Jobcenters Braunschweig	
3.6.2	Vorstellung der neuen Referatsleitung 0500	
3.6.3	Wohnraumversorgungskonzept, Beratungsmöglichkeiten	
3.6.4	Umsetzung der Masernimpfpflicht	
4	Anträge	
4.1	Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23.11.2023	23-22249
4.1.1	Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23.11.2023	23-22249-01
4.2	Förderung eines regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerkes	23-22448
4.2.1	Förderung eines regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerkes	23-22448-01
4.3	Sachstand Nachbarschaftszentren / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23. November 2023	23-22474
4.4	Präventive Hausbesuche / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23. November 2023	23-22473
5	Anfragen	
5.1	Soziale Stadt / Erweiterung des Mütterzentrums am Westbahnhof	23-22472
5.1.1	Soziale Stadt / Erweiterung des Mütterzentrums am Westbahnhof	23-22472-01
5.2	Globale Minderausgabe - Kürzung Bewirtschaftungskosten für Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber	23-22131
5.2.1	Globale Minderausgabe - Kürzung Bewirtschaftungskosten für Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber	23-22131-01
5.3	Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für den Bereich Wohngeld	23-22132
5.3.1	Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für den Bereich Wohngeld	23-22132-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30.08.2023

Das Protokoll der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit wird mit zwei Enthaltungen genehmigt.

Frau Ihbe lässt darüber abstimmen, dass die nachfolgenden Tagesordnungspunkte gemeinsam behandelt werden:

- TOP 3.1 und 5.1
 - TOP 3.2 und 3.6.1
 - TOP 3.4 und 4.4
 - TOP 4.1, 4.1.1, 5.2 und 5.3

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

3. Mitteilungen

3.1. Sanierungsgebiet "Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet", Herstellung Ersatzgebäude Westbahnhof 1

23-21245

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 5.1.

Frau Dr. Flake fragt nach, wann mit einer Eröffnung des Mütterzentrums Braunschweig e. V. in dem Gebäude am Westbahnhof 1 gerechnet werden könne.

Herr Haf erläutert den aktuellen Stand der zeitlichen Planung. Die Bautätigkeiten würden im Jahr 2025 beginnen, die Fertigstellung des Ersatzgebäudes sei für das Jahr 2026 geplant. Der Betrieb des Mütterzentrums Braunschweig e. V. werde voraussichtlich im Jahr 2027 aufgenommen werden können.

Frau Ohnesorge begrüßt die Beschlussvorlage. Sie kritisiert, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit die Beschlussvorlage lediglich zur Kenntnis erhält.

Herr Haf teilt mit, dass die Beschlussvorlage die Planung einleiten und weitere Beschlüsse zur konkreten Kostenfestsetzung, zur Projektumsetzung und zum konkreten Betrieb folgen würden.

Die Beschlussvorlage wird einstimmig befürwortet.

3.2. Halbjahresbericht 2023 des Jobcenters Braunschweig

23-22402

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 3.6.1.

Herr Bossow und Frau Rietz stellen sich vor

Frau Miehe-Scholz teilt mit, dass im ersten Halbjahr 2023 thematischer Schwerpunkt die Einführung des Bürgergeldes gewesen sei. Die Umstellung sei gelungen. Der Haushalt werde perspektivisch zu 97 % ausgegeben und den Kundinnen und Kunden seien die Leistungen zugutegekommen. Es sei vermehrt auf Vermittlungsgutscheine gesetzt worden.

Zu „Jobcenter vor Ort“ berichtet Frau Miehe-Scholz, dass drei Standorte in Braunschweig geschaffen worden seien: Der Standort Mehrgenerationenhaus, der Standort Siegfrieds Stadtteilbüro und der Standort Kulturpunkt West. Die Standorte würden unterschiedlich gut anlaufen. Der Standort im Mehrgenerationenhaus laufe sehr gut. Der Standort im Siegfriedviertel sei gut gestartet, habe jedoch durch die Corona-Pandemie einen Dämpfer erhalten. Bei dem Standort Kulturpunkt West sei der Standort aufgrund der Erreichbarkeit eventuell nicht günstig gewählt worden. Die Sprechstunde finde einmal im Monat statt und sei zunächst für mindestens ein Jahr angesetzt. Außerdem sei zwischen der Stadt und der Bundesagentur für Arbeit ein neuer Kooperationsvertrag zur Beratung vor Ort von Jugendlichen in Jugendzentren geschlossen worden.

Weiter berichtet Frau Miehe-Scholz, dass die Gründung eines Kundinnen- und Kundenbeirats im Aufbau sei. Hierzu werde zu einem späteren Zeitpunkt wieder berichtet.

Herr Stühmeier ist ab 15:20 Uhr abwesend.

Frau Ohnesorge fragt nach, ob ein großer Mitgliederwechsel innerhalb des Kundinnen- und Kundenbeirats zu erwarten sei, wenn Kundinnen und Kunden aus dem Leistungsbezug ausscheiden würden. Sie bittet weiter, das zu erwartenden Jahresergebnis hinsichtlich der Zahlen im Bereich Bildung und Teilhabe (BuT) mitzuteilen. Zusätzlich erkundigt sich Frau Ohnesorge nach den Auswirkungen zur Einführung der Kindergrundsicherung und ob diese dazu führe, dass das vorhandene Geld wirklich bei den Berechtigten ankomme.

Frau Miehe-Scholz weist darauf hin, dass das Thema das Jobcenters Braunschweig als auch die Stadt Braunschweig betreffen würde. Es sei geplant sich zur Schärfung der Prozesse auszutauschen.

Herr Bossow erläutert die derzeitigen Planungen zur Kindergrundsicherung. Diese solle vier Bestandteile (Kindergarantiebetrag, Kinderzusatzbetrag, Wohnung Plus und BuT) enthalten. Die BuT-Leistung solle sich aus einem Pauschalbetrag (Bundesleistung) und einem nicht pauschalisierten Betrag (Leistung der Länder) zusammensetzen.

Frau Ihbe bittet darum zu einem späteren Zeitpunkt erneut zur Kindergrundsicherung zu berichten.

Frau Miehe-Scholz teilt mit, dass eine Satzung für den Kundinnen- und Kundenbeirat derzeit erarbeitet werde. Es sei geplant, dass die Kundinnen und Kunden für ein Jahr als Mitglieder berufen werden und eine Nachbesetzung stattfinde, wenn ein Mitglied keine Leistungen mehr erhalte.

Herr Winckler fragt nach, ob das Bürgergeld direkt an die Leistungsberechtigten ausgezahlt wurde oder ob hierzu vorab eine Information erfolgt sei. Er bittet weiter zu erläutern, ob das Jobcenter Braunschweig auf eine Verkürzung der Arbeitsaufnahmefristen für Geflüchtete eingestellt sei.

Frau Miehe-Scholz teilt mit, dass das Jobcenter Braunschweig seine Kundinnen und Kunden auf verschiedenen Wegen im Vorfeld über die Einführung des Bürgergelds informiert habe. Es sei unter anderem eine schriftliche Information durch das Jobcenter und eine Information in den Bescheiden erfolgt.

Herr Bossow teilt mit, dass das Projekt „Job-Turbo“ geplant sei. Die Integration sei in Phasen vorgesehen. Die erste Phase beinhaltet das Ankommen, das Sicherstellen des Lebensunterhaltes und des Wohnraumes sowie die Integrationskurse. Absolventinnen und Absolventen

von Integrationskursen sollen in der zweiten Phase in Gruppenveranstaltungen zur Arbeitsaufnahme angesprochen und in Kontakt gebracht werden. Es sei geplant, anschließend nach den jeweiligen Bedarfen mit den Kundinnen und Kunden weiterzuarbeiten. Die Arbeitsaufnahme solle parallel zu den Kursen begleitet werden. Es solle aber auch die Anerkennung von Berufsabschlüssen und der Spracherwerb parallel zur Arbeitsaufnahme gefördert werden. Herr Bossow kündigt an, im Ausschuss für Soziales und Gesundheit erneut zu dem Thema berichten zu wollen.

Frau Antonelli-Ngameni bittet über Tendenzen und Erfahrungen zu der derzeit als lang empfundenen Phase zwischen dem Abschluss von Integrationskursen und der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten zu berichten.

Herr Bossow teilt mit, dass im Hinblick auf die Integration zwischen den Geflüchteten aus der Ukraine und den Geflüchteten aus den acht Herkunfts ländern differenziert werden müsse. Das Bildungsniveau sei sehr unterschiedlich. Die Integration benötige viel Zeit. Es hätten bisher nur ca. 4 % der Geflüchteten aus der Ukraine in Braunschweig Arbeit aufgenommen. Weniger als 60 % der Geflüchteten aus der Ukraine hätten maximal ein Sprachniveau von B1 erreicht. Die Zeit zwischen dem Erreichen des Sprachniveaus von B1 und der Integration in den Arbeitsmarkt solle verkürzt werden.

Frau Antonelli-Ngameni spricht den Mangel an Arbeitskräften z. B. im Handwerk an. Sie äußert den Wunsch die Wartezeiten zwischen Spracherwerb und der Integration in den Arbeitsmarkt zu verkürzen und vorhandene Kompetenzen zu nutzen. Eine Möglichkeit sei es zum Beispiel Arbeitspraktika durchzuführen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Ablehnung von Zuwendungsanträgen für die Jahre 2023 und 2024 23-22315

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Bossow, Frau Rietz und Frau Miehe-Scholz sind ab 15:45 Uhr abwesend. Herr Stühmeier ist ab 15:45 Uhr anwesend.

3.4. Modellprojekt Braunschweiger Senior*innen selbstbestimmt - Präventive Hausbesuche 23-22466

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 4.4.

Frau Dr. Flake, Frau von Knobelsdorff und Frau Ihbe befürworten das Projekt und bitten, einen Beschluss über die Fortführung des Projekts zu fassen.

Frau Dr. Flake bittet, in einer der nächsten Sitzungen die Ergebnisse und Diskussionen der Pflegekonferenz darzustellen.

Frau von Knobelsdorff bittet die Stadt Braunschweig, ein Konzept zu erstellen, sodass das Projekt „Präventive Hausbesuche“ fortgeführt werden könne. Sie bittet, zukünftig auch Menschen ab 70 Jahren anzusprechen.

Frau Dr. Rentzsch teilt mit, dass ein Konzept bereits erstellt worden sei.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Ihbe bringt den nachfolgenden Antrag ein:

„Die Verwaltung wird gebeten, zur Fortführung des Projekts „Braunschweiger Senior*innen

selbstbestimmt – Präventive Hausbesuche“ über das Jahresende 2023 hinaus entsprechende personelle und sächliche Voraussetzungen zu schaffen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

3.5. Sachstand und Zeitplan für die Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen in der Wohnungslosenunterkunft "An der Horst" und "Sophienstraße"

23-22563

Frau Ohnesorge fragt nach, ob die geschilderten Sachverhalte nicht vorher erkannt worden seien.

Herr Klockgether antwortet, dass die Mängel im Zuge des Abbruchs festgestellt worden seien. Den genauen Zeitpunkt für die Feststellung der Mängel kenne er nicht. Die Verzögerungen würden sich auch dadurch ergeben, dass die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet werden müsse.

Herr Stühmeier bittet um einen Ausblick zu den Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen und zu erläutern, was mit „zeitnah“ in der Mitteilung gemeint sei.

Herr Klockgether teilt mit, dass eine genaue Zeitangabe nicht möglich sei. Die Hochbauverwaltung sei bemüht, die Baumaßnahme schnellstmöglich voranzutreiben.

Herr Wendt bittet darum den Ausschuss für Soziales und Gesundheit nach Fertigstellung der Baumaßnahmen zu einer Besichtigung der Wohnungslosenunterkünfte einzuladen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.6. mündliche Mitteilungen

3.6.1. Vorstellung der neuen Geschäftsführung des Jobcenters Braunschweig

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 3.2.

3.6.2. Vorstellung der neuen Referatsleitung 0500

Frau Kundolf stellt sich als neue Leiterin des Sozialreferats vor. Sie führe ihre neue Position seit dem 1. September 2023 aus.

Frau Dr. Flake bittet um eine Vorstellung der derzeitigen Planungen zur Aufnahme der Integrationsplanung in das Sozialreferat.

Frau Dr. Rentzsch erklärt, dass es geplant sei den Integrationsbereich sowohl strukturell als auch personell wieder aufzuwerten. Eine Stelle für die Integrationsplanung werde derzeit neu ausgeschrieben und solle möglichst ab 01.01.2024 neu besetzt werden. Das Büro für Migrationsfragen solle mit der Integrationsplanung zusammengeführt werden und der Integrationsplanungsbereich an das Sozialreferat angegliedert werden. Die neue Struktur werde derzeit noch geplant und stehe noch nicht final fest.

Herr Wendt fragt nach, ob hierüber auch im Ausschuss für Vielfalt und Integration berichtet werde.

Frau Dr. Rentzsch teilt mit, dass ein Bericht im morgigen Ausschuss für Vielfalt und Integration geplant sei.

3.6.3. Wohnraumversorgungskonzept, Beratungsmöglichkeiten

Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Frau Dr. Flake teilt mit, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ein großes Problem sei und durch Beratung nicht gelöst werden könne. Sie bittet darum, dass sich der Ausschuss für Soziales und Gesundheit und das Dezernat V wieder verstärkt mit dem Thema beschäftigen. Sie schlägt hierzu vor, die Arbeitsgruppe vom Bündnis für Wohnen wiederzubeleben oder einen Runden Tisch zu gründen.

Frau Dr. Rentzsch teilt mit, dass es einen Austausch zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren bezüglich dieser Arbeitsgruppe geben habe und kündigt die Reaktivierung der Arbeitsgruppe an.

Herr Winckler bittet darum, mitzuteilen, ob man einschätzen könne, wie sich die Anzahl der Personen mit Belegungsschein entwickele. Er bittet außerdem mitzuteilen, ob es Fehlbelegungen bei Wohnungen für Personen mit Wohnberechtigungsschein gebe und dies kontrolliert werde oder kontrolliert werden sollte.

Frau Parchem erklärt, dass die Berechtigung zum Zeitpunkt des Einzugs nachgewiesen werde. Eine spätere Überprüfung, ob die Wohnberechtigung weiterbestehe, gebe es nicht.

Frau Ohnesorge befürwortet die Reaktivierung einer Arbeitsgruppe. Des Weiteren führt sie an, dass auch bezahlbarer Wohnungen für Personen ohne Wohnberechtigungsschein knapp sei. Sie teilt mit, dass die Unterbringung von Ukrainerinnen und Ukrainern deshalb so positiv verlaufen sei, da dies medial kommuniziert worden und somit mehr auf die Problematik der Wohnungsvermietung aufmerksam gemacht worden sei. Sie schlägt vor, durch Kommunikation Vorurteile auszuräumen.

Frau von Knobelsdorff macht darauf aufmerksam, dass auch barrierefreier Wohnraum sowie bezahlbarer Wohnraum für alleinstehende Frauen in der Generation der „Babyboomer“, welche nur eine geringe Rente erhalten würden, fehlen würde.

3.6.4. Umsetzung der Masernimpfpflicht

Die Präsentation ist in der Anlage beigefügt.

Herr Wendt fragt, ob die Masernimpfpflicht auch in der Landesaufnahmebehörde gelte.

Frau Dr. Sehrt bejaht dies und teilt mit, dass die Impfung häufig im Rahmen der Gesundheitsuntersuchung bei der Aufnahme erfolge.

Herr Baumgart möchte wissen, ob die Impfpflicht nach der Bezahlung des Bußgeldes entfallen.

Frau Dr. Sehrt verneint die Frage und erklärt, dass die jeweilige Person ca. ein Jahr nach Zahlung des Bußgeldes erneut angeschrieben und auf die Impfpflicht aufmerksam gemacht werden würde. Sollte die Impfpflicht dann weiter nicht eingehalten werden, würde ein erneutes Bußgeld erteilt werden. In Kindertagesstätten würde eine fehlende Impfung dazu führen, dass Kinder nicht aufgenommen werden würden oder Verträge gekündigt würden. Dies sei anders als bei schulpflichtigen Kindern bei denen die Schulpflicht über der Masernimpfpflicht stehe.

4. Anträge

- 4.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23.11.2023** **23-22249**

Gemeinsame Behandlung mit den Tagesordnungspunkten 4.1.1, 5.2 und 5.3.

Frau Antonelli-Ngameni bittet darum, zu erläutern, wieso es keinen Bedarf an Stellen im Bereich Wohngeld gebe, obwohl die Antragsbearbeitung von Wohngeldanträgen lange dauern würde.

Herr Klockgether teilt mit, dass aufgrund der Wohngeldnovelle erwartet worden sei, dass sich die Anzahl der Leistungsberechtigten verdreifachen würden. Eine Verdreifachung der Fallzahlen sei ausgeblieben. Die Stellen seien mit einem Sperrvermerk versehen worden und würden je nach Fallzahlentwicklung zur Verfügung stehen. Die Bearbeitungsdauer der Anträge sei auf die Komplexität des neuen Verfahrens, die Umstellung des Fachverfahrens und die Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Es sei außerdem absehbar gewesen, dass Stellen in diesem Jahr nicht mehr besetzt werden können.

Herr Baumgart und Frau Dr. Sehrt sind ab 16:40 Uhr abwesend.

Frau Dr. Flake bittet darum, zu erläutern, warum offene Stellen im Wohngeld nicht ausgeschrieben werden würden. Sie teilt mit, dass es so dargestellt worden sei, dass die globalen Minderausgaben jedes Jahr übrigbleiben würden. Sie fragt nach, ob es Hürden gebe, warum die Stellen nicht freigegeben würden.

Herr Klockgether teilt mit, dass nur etwa die Hälfte der vakanten Stellen im Wohngeld für die globalen Minderausgaben angemeldet worden seien. Die Stellen würden aufgrund eines Fallzahlschlüssels freigeschaltet werden.

Frau Ohnesorge merkt an, dass diese Informationen auch in den Haushaltsberatungen an den Rat hätten weitergegeben werden können.

Frau Dr. Flake fragt nach, ob auch für 2024 bereits Minderausgaben eingeplant seien.

Frau Dr. Rentzsch teilt mit, dass sich dies derzeit im Verfahren befindet.

- 4.1.1. Umsetzung der globalen Minderausgabe im Haushaltsjahr 2023 im Teilhaushalt Ref. 0500 Sozialreferat und FB 50 Soziales und Gesundheit / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23.11.2023** **23-22249-01**

Gemeinsame Behandlung mit den Tagesordnungspunkten 4.1, 5.2 und 5.3.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 4.2. Förderung eines regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerkes** **23-222448**

Herr Wendt kündigt an, für das Jahr 2025 einen entsprechenden Haushaltsantrag stellen zu wollen.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig gewährt dem Verein Hospizarbeit Braunschweig e.V. jährlich 15.000 Euro für eine Netzwerkkoordinierungsstelle für eine regionale Hospiz- und Palliativnetzwerkstelle (Förderung der Koordination der Aktivitäten durch einen Netzwerkkoordinator nach §

39 d Abs. 3 SGB V). Die Gewährung erfolgt in Abhängigkeit der Förderung durch die Pflegekassen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4.2.1. Förderung eines regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerkes 23-22448-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Sachstand Nachbarschaftszentren / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23. November 2023 23-22474

Herr Haf berichtet, dass sich das Interessenbekundungsverfahren der Träger für die Nachbarschaftszentren für das Jahr 2023 kurz vor dem Abschluss befindet und die Träger voraussichtlich zeitnah benannt werden. Weiter teilt er mit, dass auch für das Jahr 2024 ein Beschluss vorliege und zeitnah eine Informationsveranstaltung zum Interessenbekundungsverfahren eingeleitet werde. Ein Umbau in der alten Schule in Rüningen zur Barrierefreiheit müsse noch erfolgen. Für das Nachbarschaftszentrum in der Südstadt seien die Räumlichkeiten des Roxys angedacht gewesen. Die derzeitigen Nutzer seien an einer Trägerschaft des Nachbarschaftszentrums nicht interessiert. Aus diesem Grund werde am Welfenplatz nach alternativen Räumlichkeiten gesucht. Die Suche gestalte sich schwierig. Die Prioritätenliste müsse daher ggf. angepasst werden.

Frau Dr. Flake bittet, zur nächsten Sitzung eine klare Beschlussvorlage zur Umsetzung der Nachbarschaftszentren für das nächste Jahr vorzulegen und die Nachbarschaftszentren in den Haushaltsplanungen für die Jahre 2025 und 2026 zu berücksichtigen. Sie bittet darum, mitzuteilen, wann eine Entscheidung zur Umsetzung des Nachbarschaftszentrums in der Südstadt getroffen werden könne.

Frau Dr. Rentzsch merkt an, dass die Prioritätenliste möglichst beibehalten werden sollte. Sollte ein Vorhaben nicht umgesetzt werden können, werde im Ausschuss für Soziales und Gesundheit berichtet.

Herr Haf teilt mit, dass voraussichtlich im nächsten Ausschuss für Soziales und Gesundheit zu dem Nachbarschaftszentrum in der Südstadt berichtet werden könne.

Frau Ihbe betont, dass das beschlossene Verfahren zu den Nachbarschaftszentren erst einmal beibehalten werden sollte und bittet die Verwaltung zu berichten, wenn Änderungen notwendig sein sollten.

4.4. Präventive Hausbesuche / Aufnahme in die TO der Sitzung am 23. November 2023 23-22473

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 3.4.

5. Anfragen

5.1. Soziale Stadt / Erweiterung des Mütterzentrums am Westbahnhof 23-22472

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 3.1.

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

5.1.1. Soziale Stadt / Erweiterung des Mütterzentrums am Westbahnhof 23-22472-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Globale Minderausgabe - Kürzung Bewirtschaftungskosten für Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber 23-22131

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 4.1, 4.1.1 und 5.3.

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

5.2.1. Globale Minderausgabe - Kürzung Bewirtschaftungskosten für Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber 23-22131-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.3. Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für den Bereich Wohngeld 23-22132

Gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 4.1, 4.1.1 und 5.2.

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

5.3.1. Globale Minderausgabe - Kürzung der Personalmittel für den Bereich Wohngeld 23-22132-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Die Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez.
Ihbe

gez.
Dr. Rentzscher

gez.
Meyer